

Resolution des erweiterten ÖGB NÖ Landesvorstandes

Utl.: Arbeiterkammern, Selbstverwaltung und Sozialpartnerschaft sind
Garanten für den Erfolg der 2. Republik. =

St. Pölten (OTS) - In Österreich trägt die Sozialpartnerschaft
wesentlich zur guten wirtschaftlichen Entwicklung, zu mehr
Einkommensgerechtigkeit und weniger Streiks bei. Die
Sozialpartnerschaft sichert somit den Wohlstand und den sozialen
Frieden im Land. Die OECD bestätigt diese Erfolge.

Gerade in den letzten Tagen werden wieder Stimmen laut, die die
Arbeiterkammern in der Ausübung ihres gesetzlichen Auftrages
beschneiden wollen. Das sind nicht hinnehmbare Gedankenspiele gegen
die sich der ÖGB NÖ Landesvorstand vehement verwehrt.

Das wichtigste Instrument der Sozialpartner sind die
Kollektiverträge, von denen die allermeisten ArbeitnehmerInnen in
Österreich profitieren. Dieser schützt aber nicht nur ihre
Interessen, sondern auch die der ArbeitgeberInnen. Dadurch, dass in
einer Branche dieselben Löhne bzw. Gehälter gezahlt werden, ist ein
fairer Wettbewerb zwischen den Betrieben möglich.

Die Sozialpartnerschaft schafft nicht nur einen
Interessenausgleich zwischen den Arbeit-nehmerInnen und
ArbeitgeberInnen, sondern bringt sich auch aktiv bei allen relevanten
Themen bezüglich Arbeit und Wirtschaft ein z.B. bei
Begutachtungsverfahren im Gesetzgebungsprozess.

Daneben erfüllen die Arbeiterkammern als Serviceeinrichtungen eine
unschätzbare Aufgabe. Von der arbeits- und sozialrechtlichen
Vertretung die bis hin zur Vertretung vor Gericht reicht. Zusätzlich
dazu noch Konsumentenschutz oder Beratung in
Mietrechtsangelegenheiten, sowie die so wichtige steuerrechtliche
Beratung. Daneben steht den Mitgliedern der Arbeiterkammern ein
breites Bildungs- und Weiterbildungsangebot zur Verfügung. In all
diesen Fällen bestätigen die Mitglieder höchste Zufriedenheit und
sind für sie die Arbeiterkammern Ansprechpartner Nummer eins.

All das gibt es aber nur aufgrund der gesetzlichen Mitgliedschaft
aller ArbeitnehmerInnen in den Arbeiterkammern. Die gesetzliche

Mitgliedschaft ist für die vielen ArbeitnehmerInnen unerlässlich. Sie verlassen sich darauf, dass ihre Anliegen von ihrer Kammer auch künftig erfolgreich vertreten werden.

Die gesetzliche Mitgliedschaft abschaffen zu wollen oder die Arbeiterkammern finanziell auszubluten, ist verantwortungslos und kann nur als direkter Angriff auf den sozialen Frieden im Land angesehen werden.

Wie ernst die Lage ist, kann man an der „Reform“ der Sozialversicherungen erkennen. Handstreichartig werden die föderalen Strukturen der Selbstverwaltung in den Gebietskrankenkassen aufgelöst und eine zehnte zentrale Österreichische Gesundheitskasse geschaffen. In der neuen Struktur werden demokratische Wahlergebnisse negiert und die ArbeitnehmerInnen werden zu einer Minderheit im eigenen Haus. Damit höhlt man die in der Verfassung niedergeschriebene Selbstverwaltung aus. Wer zentralisiert und alle Krankenkassen vereint, hat in einem zweiten Schritt vor, den Föderalismus abzuschaffen und einen abgehobenen Zentralstaat zu etablieren.

Der ÖGB NÖ bekennt sich zur fortlaufenden Verbesserung und Modernisierung unseres Gesundheitssystems, ist jedoch nicht bereit, für jede wahnhafte Veränderung bestens funktionierende Systeme zu zerstören. Die maßgebliche Mitsprache der ArbeitnehmerInnen, die mit ihren Beiträgen und Steuern das Gesundheitssystem finanzieren, ist eine unabdingbare Säule der 2. Republik und ein Vorzeigemodell für die Welt. Erst vor kurzem stellte die renommierte London School of Economics in ihrer tausendseitigen Studie über das österreichische Gesundheitssystem diesem und dessen Verwaltung Bestnoten aus.

Wer auf das Know How der Sozialpartnerschaft verzichtet, bzw. diese von entscheidenden und relevanten Verhandlungen ausschließt, zerstört mutwillig ein auf Konsens und Ausgleich aufgebautes System, das maßgeblich dafür verantwortlich war, dass Österreich zu einem der reichsten Staaten der Welt wurde.

Der ÖGB NÖ fordert daher von allen Parlamentsparteien und insbesondere von der Bundesregierung ein Bekenntnis zur gesetzlichen Mitgliedschaft, sowie zur festgeschriebenen Finanzierung der Arbeiterkammern (0,5% Arbeiterkammerumlage).

Der ÖGB NÖ fordert die Beibehaltung der föderalen Selbstverwaltung bei den Sozialversicherungsträgern, sowie den Erhalt der

eigenständigen Unfallversicherung - AUVA, die ein wichtigstes Instrument für einen effektiven Arbeitnehmerschutz ist.

Der ÖGB NÖ fordert die Bundesregierung auf, die Sozialpartnerschaft in allen für die ArbeitnehmerInnen dieses Landes relevanten Fragen einzubinden, zugleich fordert der ÖGB NÖ die Bundesregierung auf, sich nicht in rein sozialpartnerschaftliche Fragen, wie z.B. Kollektivverträge einzumischen.

~

Rückfragehinweis:

ÖGB Niederösterreich - Öffentlichkeitsarbeit

Marcus Arige

marcus.arige@oegb.at

0664/614 50 59

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0201 2018-12-04/14:16

041416 Dez 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181204_OTS0201